



Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen insbesondere der Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit auf die Förderung junger Menschen mit Lernbehinderungen

LERNEN FÖRDERN Bundesausschuss tagte am 10. / 11. Juni 2005 in Stuttgart

Zum Bundesausschuss gem. Satzung § 9 wurden die Vorsitzenden der Landesverbände und Vertreter von Ortsvereinen ohne Landesverbände sowie die Bundesvorstandsmitglieder am 10. / 11. Juni 2005 nach Stuttgart eingeladen. Aufgrund der drängenden Sorge um die berufliche Eingliederung junger Menschen mit Lernbehinderungen setzten sich die verantwortlichen Vertreter von LERNEN FÖRDERN zusammen mit Sachverständigen und Ehrengästen mit der Teilhabe am Arbeitsleben und mit den Möglichkeiten schulischer Vorbereitung auf Beruf und Leben auseinander. Dabei stellte sich nicht nur die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt und die Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit als schwieriges Thema dar, sondern auch die unterschiedlichen Konzeptionen, die unterschiedlichen Begriffe und Definitionen im Bereich der schulischen Vorbereitung in der Oberstufe der allgemeinen Schule und in den schulischen Berufsvorbereitungsjahren waren nicht ganz einfach auf Bundesebene zu behandeln, dennoch oder gerade deshalb ergaben sich kontrovers aber konstruktiv geführte Diskussionen, die für die Teilnehmer neue Impulse für die weitere Arbeit in ihren Regionen brachten.

Nach einem ersten Austausch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur aktuellen Situation in ihrem Bundesland referierte **Erika Faust, Bundesagentur für Arbeit** zum Tagungsthema. Nach einem kurzen Rückblick auf die in der Vergangenheit praktizierte Förderung junger Menschen stellte sie die Grundsätze der derzeitigen Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit dar. Das politisch erklärte Ziel sei nach wie vor, junge Menschen mit Lernbehinderungen zu fördern und zu fordern und sie in Arbeit zu vermitteln. Betriebliche Berufsvorbereitung und Ausbildung haben Vorrang vor Maßnahmen in einer Einrichtung, bei steigenden Teilnehmerzahlen stehen der Bundesagentur in diesem Jahr weniger Mittel zur Verfügung, mit weniger Mitteln müssen also mehr Jugendliche versorgt werden. Die Bundesagentur für Arbeit will mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln auskommen und einen Bundeszuschuss vermeiden.

In diesem Zusammenhang stellt sich, so Erika Faust, ernsthaft die Frage, wie lange der Prozess der Berufsvorbereitung, Ausbildung und Vermittlung in Arbeit für junge Menschen sinnvollerweise dauern darf und dauern kann. Der Abgleichungsprozess mit den Jugendlichen und ihren Eltern müsse frühzeitig durchgeführt werden, deshalb komme, um rechtzeitig mit der Beratung zu beginnen, der Berufsberater bereits in der 7. Klasse zu einem Informationsgespräch in die Förderschulen. (Auf Nachfrage bestätigte sie, dass dieser Vor-Ort-Termin nach wie vor so abgehalten wird.) Maßnahmekarrieren müssen unter allen Umständen vermieden werden.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass durch ungeeignete schulische Berufsvorbereitungsjahre eine neue Art von Maßnahmekarrieren entstehen kann und forderten wieder einmal, da trotz aller Berufsvorbereitung in der Förderschule und trotz allem Engagements von Eltern und Lehrkräften nicht alle Förderschulabgänger in die betriebliche Ausbildung entlassen werden können, die Bundesagentur für Arbeit auf, den Anschluss sicherzustellen und die Bewilligung von Maßnahmen am Förderbedarf der Jugendlichen auszurichten und sich dabei nicht an den vorhandenen Mitteln zu orientieren.

Der Vorrang betrieblicher Ausbildung wird von **Armin Fink, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke** uneingeschränkt befürwortet. Für Jugendliche, die nach ihrer Schulentlassung (noch) nicht in der Lage sind, eine Ausbildung in einem Betrieb erfolgreich zu absolvieren, halten die Berufsbildungswerke eine Vielzahl notwendiger Maßnahmen zur Unterstützung und Begleitung vor. Armin Fink stellte bei seinen Ausführungen zur Situation junger Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf fest, dass nach seiner Beobachtung bedauerlicherweise eine Auslese nach der wirtschaftlichen Verwertbarkeit stattfindet. Als Maßnahme zur Vermeidung unnötiger Berufsvorbereitungsjahre- und Berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen und für eine gezielte individuelle Berufsvorbereitung in der Förderschule schlägt Armin Fink in Klasse 8 eine Kompetenzfeststellung z.B. mit ProfilAC vor. Dieser Vorschlag wird von Sönke Asmussen vom Kultusministerium Baden-Württemberg unterstützt, er informierte über die Erarbeitung von Standards auf der Grundlage der ICF (Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation) bei der Bildungsplanarbeit in Baden-Württemberg. In der Zusammenarbeit zwischen den Förderschulen und Berufsbildungswerken sieht Sönke Asmussen einen Gewinn für die Weiterentwicklung der Diagnostik beruflicher Fähigkeiten und für die schulische Berufsvorbereitung.

Armin Fink zeigte auf, dass es bei der beruflichen Ersteingliederung junger Menschen nicht um eine schnelle Vermittlung gehen kann und der Erfolg der Eingliederung zudem auch vom Arbeitsmarkt abhängig ist. Das Ziel der Ausbildung in einem Berufsbildungswerk sei deshalb neben der dauerhaften Vermittlung in Arbeit die Beschäftigungsfähigkeit und die Lernfähigkeit junger Menschen. Dem stimmte Ludger Lünenborg, lernen fördern Steinfurt, zu und führte aus, dass eine heterogene Gruppe kein gemeinsames Ziel haben kann. Die Erfolgsprämien für die Vermittlung in Arbeit könne Verlust an Qualität und Vernachlässigung der Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen bedeuten, da Einrichtungen sich auf leistungsstärkere Jugendliche konzentrieren müssen.

Nach den zwei Tage lang intensiv und teilweise auch kontrovers geführten Diskussionen war allen klar: Niemand kann eine für alle und alles gültige Lösung anbieten, eine erfolgreiche Eingliederung unserer Kinder können wir nur gemeinsam erreichen, wenn wir uns mit allen Partnern in unserem Umfeld vernetzen und unsere persönlichen Beziehungen und Kenntnisse für eine lebenswerte Zukunft unserer Kinder einbringen.

Mechthild Ziegler

Foto: (Erika Faust, Mechthild Ziegler mit Regenschirm LERNEN FÖRDERN)

Mit der Bitte, junge Menschen mit Lernbehinderungen nicht im Regen stehen zu lassen, verabschiedete sich Mechthild Ziegler bei Erika Faust von der Bundesagentur für Arbeit und bedankte sich bei ihr.